**Deutscher Bundestag** **Drucksache 18/7541**

**18. Wahlperiode** 16.02.2016

# Antrag

**der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Richard Pitterle, Azize Tank, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.**

## Beziehungen zu Kuba weiter verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Bundestag begrüßt die positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kuba. Die Besuche des Bundesaußenministers Steinmeier im Juli 2015 sowie des Vizekanzlers und Bundeswirtschaftsministers Gabriel im Januar 2016 haben dieser Entwicklung entscheidende Impulse hinzugefügt. Damit wird in der deutschen Kuba-Politik eine überfällige Kurswende eingeleitet. Nach vielen Jahren, in denen Deutschland eine eher feindselige Haltung gegenüber Kuba eingenommen und die Annährung der Europäischen Union (EU) an Kuba blockiert hatte, sind nun die Weichen neu gestellt. Der Bundestag erinnert daran, dass die Auseinandersetzung um Kuba in der Zeit des Kalten Kriegs bis an den Rand eines Weltkriegs geführt hat und dass auch nach dem Ende des Kalten Kriegs lange keine Entspannung der Beziehungen stattfand.

Für den Aufbau gedeihlicher Beziehungen gibt es historische Anknüpfungspunkte. Mehr als 30.000 Kubanerinnen und Kubaner haben in der DDR ihre Facharbeiterausbildung absolviert, studiert und gearbeitet und weitere zehntausende Kubanerinnen und Kubaner verfügen über Deutschkenntnisse.

Fortschritte sind auch bei den Verhandlungen der EU mit Kuba über ein neues bilaterales Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit festzustellen. Einer Zusammenarbeit unter gleichberechtigten Partnern steht allerdings bislang der „Gemeinsame Standpunkt“ der EU von 1996 zu Kuba entgegen. In diesem „Gemeinsamen Standpunkt“ knüpft die EU eine Normalisierung der Beziehungen an die Bedingung des Systemwandels in Kuba. Das ist einmalig in den Beziehungen der EU zu Drittstaaten. Kuba akzeptiert eine solche Konditionierung selbstredend nicht. Die Aufhebung des „Gemeinsamen Standpunktes“ wäre deshalb hilfreich, um alle Potenziale der Zusammenarbeit entfalten zu können.

Von einer engeren Zusammenarbeit Deutschlands und der EU mit Kuba können auch Dritte profitieren. Kuba unterstützt seit vielen Jahren in erheblichem Umfang andere Länder des Südens mit medizinischen und anderen sozialen Dienstleistungen. Das kubanische Alphabetisierungsprogramm „Yo sí puedo“ und die „Operación Milagro“ zur Heilung von Augenkrankheiten sind zwei Beispiele sehr erfolgreicher

Süd-Süd-Kooperation, von der bislang Millionen Menschen profitierten und an die auch eine trilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Deutschland oder der EU anknüpfen könnte.

Die günstige Entwicklung der deutsch-kubanischen Beziehungen vollzieht sich vor dem Hintergrund der Entspannung zwischen Kuba und den USA, die US-Präsident Obama in einer aktuellen Ansprache als eine der größten Leistungen seiner Regierung würdigte. Doch trotz des eingeleiteten Normalisierungsprozesses besteht die Handels-, Finanz- und Wirtschaftsblockade der USA gegen Kuba fort. Der wirtschaftliche Schaden, den die völkerrechtswidrige Blockade seit 1962 in Kuba verursacht hat, wird auf weit über 100 Mrd. US-Dollar geschätzt. Die Blockade hemmt nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung Kubas, sondern schränkt auch die Möglichkeiten Deutschlands und der EU ein, wirtschaftliche Beziehungen zu Kuba aufzubauen und weiterzuentwickeln. Deutsche Unternehmen, die sich in Kuba engagieren, sind von der extraterritorialen Wirkung der Blockade betroffen, da ihnen beim Handel mit Kuba empfindliche Strafen in den USA drohen. Das betrifft u. a. deutsche Banken, die schon mehrfach aufgrund ihres Kuba-Geschäftes von US-Gerichten zu hohen Strafzahlungen verurteilt wurden, und deutsche Reiseanbieter.

Weiterhin halten die USA den Stützpunkt Guantánamo im Südosten Kubas besetzt. Die US-Armee unterhält dort ein Gefangenenlager, das durch Berichte von Misshandlungen und Folter traurige Berühmtheit erlangte. Kuba verlangt die Rückgabe des Territoriums.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die politischen Beziehungen mit Kuba auf der Basis des gegenseitigen Respekts und der Achtung der Souveränität und Nichteinmischung aufzubauen;
2. sich in diesem Sinne im Rahmen der Europäischen Union für die Aufhebung des „Gemeinsamen Standpunktes“ einzusetzen;
3. auf die US-Regierung im Sinne der Aufhebung der Handels-, Finanz- und Wirtschaftsblockade gegen Kuba einzuwirken;
4. auf die US-Regierung einzuwirken, dass sie das US-Gefangenenlager in Guantánamo auflöst und das besetzte Territorium des Militärstützpunktes an Kuba zurückgibt;
5. die wirtschaftliche Kooperation und die Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba voranzutreiben und dabei insbesondere den Know-how-Transfer in den Bereichen der erneuerbaren Energien, der Biotechnologie und Landwirtschaft zu fördern sowie den Absatz kubanischer Produkte in Deutschland zu erleichtern;
6. die Möglichkeit trilateraler Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba und weiteren Partnern zu sondieren;
7. die kulturellen Beziehungen unter Berücksichtigung der Interessen des jeweiligen Landes und der Achtung der nationalen Gesetze zu vertiefen.

Berlin, den 16. Februar 2016

**Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333